

Marion Albers, Ruth Weinzierl (Hrsg.), Menschenrechtliche Standards in der Sicherheitspolitik – Beiträge zur rechtsstaatlichen Evaluierung von Sicherheitsgesetzen, Baden-Baden (Nomos Verlagsgesellschaft), 2010.

Die vom Deutschen Institut für Menschenrechte herausgegebene Publikation trägt der steigenden Bedeutung menschenrechtlicher Standards in der Sicherheitspolitik und insbesondere bei der Terrorismusbekämpfung Rechnung. Neue Sicherheitsgesetze unterliegen meist Evaluierungsklauseln, die sich auch auf Menschenrechte erstrecken. Die Evaluierung sicherheitsbehördlicher Kompetenzen unter menschenrechtlichen Gesichtspunkten nimmt daher eine zunehmend wichtige Rolle im Sicherheitsrecht ein.

Dieser Band bietet einen Überblick über die Hintergründe, Methodik, Erfahrungen und Probleme bei der Evaluierung von Sicherheitsgesetzen. Die Aufsatzsammlung beschäftigt sich vor allem mit einer menschenrechtsorientierten Evaluierung und möglichen Problemen in Bezug auf die Sicherheitspolitik bzw. auf das moderne Sicherheitsrecht. Dabei werden unter anderem die Problemfelder Geheimhaltung und technologischer Wandel behandelt.

Dierk Spreen, Trutz von Trotha (Hrsg.), Krieg und Zivilgesellschaft. Soziologische Schriften, Band 84, Berlin (Dunker & Humblot), 2012.

Krieg ist kein modernes „Randphänomen“, sondern bleibt ein kollektiver, strategischer und gesellschaftsprägender Konflikt. So lautet die These der Herausgeber des Sammelbandes *Krieg und Zivilgesellschaft*, mit der sie einen wichtigen Beitrag zur Frage des Verhältnisses von Krieg und Gesellschaft in der Moderne leisten. Nach Auffassung der Herausgeber bleibt diese Beziehung unter friedenspolitischen und demokratischen Gesichtspunkten auch in Zukunft relevant und sollte als zentrales Forschungsfeld begriffen werden.

Die Beiträge analysieren die Bedeutung und Funktion von militärischer Gewalt in einem zivilgesellschaftlichen Kontext aus soziologischer und gesellschaftstheoretischer Perspektive. Thematisch beschäftigt sich der erste Teil des Bandes mit dem globalen bzw. internationalen Zusammenhang zwischen Krieg, dem Politischen und der Zivilgesellschaft. Im

weiteren wird die Beziehung zwischen Militär und umgebender Gesellschaft sowie das Verhältnis zwischen Zivilgesellschaft und „großen“ Kriegen beleuchtet. Abschließend steht die Rolle zivilgesellschaftlicher Akteure im Kontext „kleiner“ Kriege im Mittelpunkt der Betrachtung.

Felix Heidenreich, Gary S. Schaal (Hrsg.), Politische Theorie und Emotionen, Baden-Baden (Nomos Verlagsgesellschaft), 2012.

Der Sammelband versteht sich als interdisziplinärer Beitrag zur gegenwärtig intensiv geführten Debatte über die Wiederentdeckung von Emotionen in der Politik und der Politischen Theorie. Darin werden Aufsätze zum Thema aus verschiedenen, der Politikwissenschaft verwandten Disziplinen zusammengeführt. Grundlage des Bandes ist eine interdisziplinäre Tagung der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft (DVPW) an der Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr in Hamburg vom März 2009.

Der Tagung, wie auch dem Sammelband, liegt die Idee beziehungsweise die Diagnose zugrunde, dass die Trennung zwischen Gefühl und Vernunft, wie sie in der Politikwissenschaft üblich ist, unpassend oder gar unplausibel sei. Vielmehr plädieren die Autoren für eine neue Sicht auf das Verhältnis von Emotion und Ratio, für einen „Post-Dualismus“. Von dieser Prämisse gehen auch die Autorinnen und Autoren der hier versammelten Beiträge aus.

Das Buch gliedert sich in zwei Abschnitte. Die Beiträge des ersten Abschnitts befassen sich mit dem Thema Emotionen in der politischen Ideengeschichte von der Antike bis zur Neuzeit. Der zweite Abschnitt richtet seinen Blick auf das Thema Emotionen in aktuellen Debatten der politischen Theorie. Die Beiträge thematisieren insbesondere das Verhältnis verschiedener demokratietheoretischer Ansätze zu Emotionen. Insgesamt leistet der interdisziplinäre Ansatz des Sammelbandes einen vielschichtigen Beitrag zu dieser neuen Debatte.

Daniela Gronold/Bettina Gruber/Jacob Guggenheimer/Daniela Rippitsch (Hrsg.), Kausalität der Gewalt, Kulturwissenschaftliche Konfliktforschung an den Grenzen von Ursache und Wirkung, Bielefeld (transcript Verlag), 2012.

Das Buch ist Teil der Reihe „Kultur & Konflikt“, in der die Ergebnisse eines Forschungsnetzwerks dokumentiert werden, das seit 2005 an der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt aktiv ist. Das Netzwerk, das sich aus Vertreter/innen der Frauen- und Geschlechterforschung sowie der Friedensforschung und Kulturwissenschaften zusammensetzt, untersucht die Bedeutung des Faktors „Kultur“ für das Verständnis sozialer Konflikte und gesellschaftlicher Gewalt.

„Kausalität der Gewalt“ konzentriert sich auf zwei Kernfragen der gesellschaftskritischen Forschung, nämlich: Wodurch wird Gewalt verursacht? Was bewirkt sie? Anhand von konkreten Beispielen untersuchen die Autoren, wie und wo nach kausalen Zusammenhängen der Gewalt geforscht werden kann und wie sich die Erkenntnisse für die praktische Transformation von Konflikten nutzbar machen lässt. Des Weiteren wird die kritische Frage gestellt, inwieweit das Denken in Kausalketten selbst eine Grundlage für Gewaltverhältnisse darstellt.

Andrea Szukala, Das Implementationsystem europäischer Politik. Rechtsdurchsetzung im Mehrebenensystem, Wiesbaden (VS Verlag für Sozialwissenschaften), 2012.

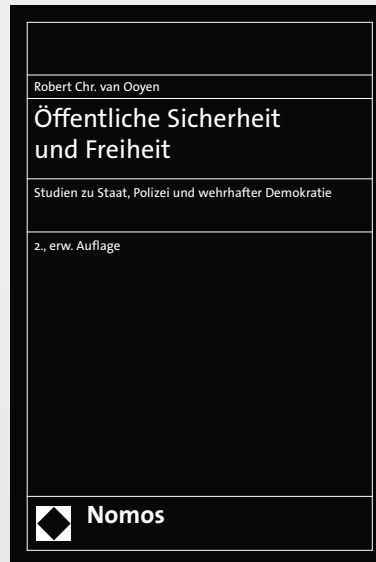
Andrea Szukala analysiert in ihrem Buch das System föderaler Rechtsdurchsetzung in der Europäischen Union. Dabei betrachtet sie die Union als ein im funktionalen Sinne föderales System bzw. ein „europäisches Föderalhybrid“. Die Autorin bezieht sich in ihrer Analyse auf die Entwicklung der Durchsetzungs- und „Implementations-Kapazitäten“ des Systems und zeichnet insbesondere nach, wie die Mechanismen der europäischen Rechtsdurchsetzung auf die jeweiligen nationalen Umsetzungs- und Kontrollprozesse von Mitgliedstaaten gewirkt und typische institutionelle Praxen verändert haben (top-down). Szukala beschreibt, wie die Mitgliedstaaten Anpassungsprozesse eingeleitet haben, diese aber zum Teil deren Fähigkeiten bei der demokratischen Politiksteuerung massiv einschränken. Die Anforderungen der Union beeinflussten die Mitgliedstaaten am Ende möglicherweise mehr als diese die europäische Institutionenpolitik selbst steuern konnten, sodass die föderale Balance in der EU auch zur Instabilität der Union insgesamt beigetragen haben könnte.

Claude Berube/Patrick Cullen (Hrsg.), *Maritime Private Security: Market Responses to Piracy, Terrorism and Waterborne Security Risks in the 21<sup>st</sup> Century*, New York (Routledge), 2012.

Piraterie wurde von der maritimen Gemeinschaft lange Zeit als ein geringes Sicherheitsrisiko betrachtet, doch dies hat sich seit ihrem verstärkten Auftreten verändert. Trotz internationaler Bemühungen zur Eindämmung von Piraterie haben Angriffe auf dem Meer zugenommen und Piraten ihren Aktionsradius vergrößert, wobei sie dabei immer professioneller vorgehen. Auch die illegale Fischerei, das Risiko von Angriffen auf Offshore-Plattformen oder der maritime Terrorismus stellen potenzielle oder konkrete Gefahren dar. Sicherheit in diesem Bereich wird heute immer mehr von privaten Sicherheitsunternehmen gewährleistet – eine Entwicklung, die nicht ganz unproblematisch ist.

Das vorliegende Buch untersucht in vier Teilen Entwicklung, Funktion, Probleme und Zukunft von privaten Sicherheitsanbietern im maritimen Sektor und trägt dabei die Befunde zahlreicher Wissenschaftler, die sich in der Vergangenheit mit dem Thema maritime Sicherheit befasst haben, zusammen. Die Darstellung der historischen Entwicklung maritimer Risiken und ihre geografische Verortung bilden die Schlüsselemente des Bandes. Aber auch die Diskussion jener Probleme, die sich mit der Übernahme von Sicherheitsleistungen durch private Akteure in diesem Bereich ergeben, sei es in Bezug auf Legalität, Logistik oder Kontrolle, bereichert die akademische Debatte in diesem Gebiet.

# Öffentliche Sicherheit und Freiheit



Neuaufgabe

## Öffentliche Sicherheit und Freiheit

Studien zu Staat, Polizei und wehrhafter Demokratie

Von Robert Chr. van Ooyen

2. Auflage 2013, 325 S.,

brosch., 49,- €

ISBN 978-3-8487-0446-0

Erscheint ca. Juni 2013

Die Öffentliche Sicherheit ist einem rasanten Veränderungsprozess unterzogen. In der 2., völlig neu konzipierten Auflage diskutiert der Autor die Aspekte Staat, Polizei, Recht und „wehrhafte Demokratie“ im Spannungsverhältnis von Freiheit und Sicherheit. Dabei stehen politikwissenschaftliche und staatsrechtliche Fragestellungen im Vordergrund.

In besonderer Weise widmet sich der Autor der Rolle des Bundesverfassungsgerichts einschließlich seines aktuellen Kurswechsels bei der „Luftsicherheit“; den Entwicklungen bei BKA und Bundespolizei angesichts „neuer Sicherheit“ sowie den Formen internationaler Strafgerichtsbarkeit bis zur Kampala-Konferenz. Vereinzelt wurden zudem Ergänzungen vorgenommen, etwa zum „Bürgeropfer“ und „Grundrecht auf Sicherheit“. Ebenfalls neu ist ein Aufsatz über die „Politische Justiz“ von Otto Kirchheimer, der die Ausführungen zum „Feindstrafrecht“ ideengeschichtlich ergänzt. In zwei kürzeren Beiträgen wird Position bezogen zum Versagen der Sicherheitsbehörden beim NSU-Terrorismus und zum zweiten NPD-Verbotsverfahren. Schließlich wird für ein Ausländerwahlrecht als Menschenrecht plädiert, da die Integrations- und Zuwanderungsdebatte selbst rechts-extremistisches Denken reproduziert und eine „Sicherheitsschlagseite“ aufweist, die dringendst der freiheitlichen Korrektur durch Partizipationsrechte bedarf.

Bestellen Sie jetzt telefonisch unter 07221/2104-37.

Portofreie Buch-Bestellungen unter [www.nomos-shop.de/20838](http://www.nomos-shop.de/20838)



**Nomos**